

Zwischen Solidarität und Neutralität

Nachdem bereits am Nachmittag die Teilnahme an der Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates deutlich höher war als in den vergangenen Jahren, füllte sich der Dorothee-Sölle-Saal am Abend des 26. Mai 2023 im Zürcher Kirchgemeindehaus Ausersehli bis auf den letzten Platz. Zum Gespräch über die anhaltend nötige Solidarität mit der von Russland vor mehr als einem Jahr überfallenen Ukraine hatte der Friedensrat eine spannende Runde eingeladen.

/ Peter Weishaupt /

Ein Schweizer Schriftsteller (Jonas Lüscher), eine ukrainische Autorin (Tanja Maljartschuk), eine Friedenspolitikerin (Barbara Haering) und zwei Historiker (Jakob Tanner und Markus Heiniger) sprechen zweieinhalb Stunden über die Schweiz und deren Solidarität mit dem Widerstand der Ukraine gegen die russische Invasion und problematisieren die zum Feigenblatt verkommene Neutralitätspolitik angesichts des internationalen Zivilisationsbruches. Dabei geht es nicht in erster Linie um die (gerechtfertigte) militärische Unterstützung des angegriffenen Landes. Vielmehr steht die Weigerung der Schweiz im Mittelpunkt, Deutschland zu erlauben, Schweizer Munition für Gepard-Panzer an die Ukraine weiterzuliefern zur Abwehr des anhaltenden russischen Beschusses durch Raketen und Drohnen.

Verlogene Neutralitätsbegründung

Jonas Lüscher stört sich massiv an der Art und Weise, wie die Diskussion darüber geführt wird, er hält diese in doppelter Weise für verlogen. Die Schweiz hat in anderen Kriegen keine Mühe, Waffen zu liefern, beispielsweise an das im Jemen-Krieg involvierte Saudi-Arabien. Dass mit der Weiterlieferung von Abwehrmunition die Schweizer Neutralität verletzt werde, stimme offensichtlich nicht und sei infam. Und diejenige, man müsse neutral sein, um seine guten Dienste anbieten zu können, falls man dereinst über die Aufnahme von Friedensgesprächen zu verhandeln bereit ist, sei eine massive Selbstüberschätzung.

Barbara Haering erkennt drei markante Defizite bei der bisherigen Sanktionspolitik der Schweiz. Erstens hat sie gezögert, die Sanktionen der EU gegen Russland zu übernehmen, und den Schritt erst nach massivem innen- und aussenpolitischem Druck getan. Das Zögern geht bei der Blockierung russischer Gelder weiter: Geschätzt lagern in der Schweiz 200 Milliarden russischer Vermögen, geblockt wurden bisher nur 7,5 Milliarden. Dabei geht es neben Geld auch um Immobilien, Unternehmensbeteiligungen oder Finanzberatung für Offshore-Konstruktionen, um die Sanktionen umgehen zu können. Deshalb hat Public Eye eine Task-Force gefordert, um proaktiv Gelder und Beteiligungen zu suchen.

Wir stehen in der Verantwortungsethik

Zweites Defizit ist die fortgesetzte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Weiterhin sind 57 Firmen in Russland tätig, darunter die EMS-Chemie der Blochers. Drittens geht es um die mangelnde militärische Unterstützung, obwohl dafür einzutreten für alle nicht einfach sei. Sie sei immer für ein generelles Waffenexportverbot eingetreten, basierend auf einer Gesinnungsethik. Alle entsprechenden Volksinitiativen wurden jedoch abgelehnt. Jetzt stünden wir aber in der Verantwortungsethik, das heisst bei der Frage, wo und wie Waffenlieferungen unsere friedenspolitischen Ziele unterstützen würden.

Der Historiker Jakob Tanner kritisiert, dass die Schweiz zur Einhaltung des Völkerrechts nicht ausreichend aktiv sei. Die UNO sei ein Kompositum von 200 Jahren friedenspolitisch-pazifistischer Reflexion, weise aber grosse Defizite auf: Erstens erlaube der Sicherheitsrat den atomaren Grossmächten mit dem Vetorecht, wirksame Sanktionen gegen Verletzer des Völkerrechts zu blockieren. Zweitens habe die UNO viel zu wenig Interventionspotenzial. Solidarität mit einem angegriffenen Land ist nur ein Appell, ein Aufruf, solidarisch zu sein. «Sie ist ein weltumspannendes Händereichen.»

Solidarisch handeln

Diese Solidarität hat aber Grenzen, wir

können nicht mit allem und allen solidarisch sein, wir können nicht alles am Gedanken der Solidarität festmachen, sondern müssen auch solidarisch handeln. Es gebe im Fall der Ukraine einen klaren Aggressor, mit dem wir nicht solidarisch sind, und einen Angegriffenen, mit dem wir solidarisch sein müssen.

Diese binäre Unterscheidung strukturiere das Feld solidarischen Handelns: Was tut die Schweiz, um die Ukraine zu stärken, was tut die Schweiz, um Russland zu schwächen. Tanner plädiert für die Einführung einer Übergewinnsteuer (siehe Beitrag auf Seite 18) und für eine Ausweitung der humanitären Hilfe – hier ist die Schweiz europaweit auf dem Schlussplatz gelandet. Dänemark etwa wendet 15-mal mehr auf für die Ukraine, während die Schweiz sich bei der Hilfe selbst inszeniert. Andererseits liefert sie nach wie vor Werkzeugmaschinen an Russland, die zur Waffenherstellung verwendet werden können.

Endlich eine Ukraine-Task-Force

Markus Heiniger erinnert daran, dass Aussenminister Cassis noch am Tag nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine (der sich monatelang abzeichnet hat) verkündete, das EDA wisse noch nicht, was es machen könne, vielleicht werde man irgendwie vermitteln können. Dabei sei eine Vermittlung in internationalen Konflikten um jeden Preis eigentlich verpönt, beispielsweise wären Verhandlungen um eine Generalamnestie für alle Beteiligten nicht beschlussfähig. Die Schweiz müsse nun endlich eine Task Force Ukraine einsetzen, die vorschlägt, was man auf verschiedenen Ebenen machen kann. Das Land verfügt über sehr gutes erfahrenes diplomatisches Personal noch aus der Zeit des OSZE-Engagements oder bei den Minsker Abkommen zur Ostukraine.

Stossend ist für ihn auch die Verwendung der Re-balancierung, das heisst, habe man etwas für die Ukraine gemacht, müsse als Ausgleich auch was für die Russen getan werden. Zwar hat man Nachtragskredite über 200 Millionen Franken für humanitäre Hilfe an die

Fortsetzung Seite 20

Ukraine gesprochen, doch sei die grossaufgezogene Lugano-Konferenz Anfang Juli 2022 zum Wiederaufbau der Ukraine schon vorher im Ausschuss der Minsker Prozesse geplant worden.

Die Arbeit des EDA in der UNO beurteilt Heiniger positiver, bereits zum dritten Mal ist Russland mit einer «Uniting for peace»-Resolution durch die Generalversammlung verurteilt worden, die Schweiz hat an deren Zustandekommen aktiv mitgewirkt. Beim aktuellen Vorschlag, die Ukraine-Hilfe für die nächsten sechs Jahre auf 1,8 Milliarden Franken aufzustocken, gebe es allerdings ein grosses Problem, weil diese über das Deza-Budget laufen soll und damit zulasten der dringend nötigen Hilfe für Afrika gehen könnte.

Entminungs- und Vermisstenarbeit

Barbara Haering ergänzt hier als Stiftungsratspräsidentin des Genfer Zentrums für Minenräumung, dass die Ukraine als Mitglied der Minenkonvention verpflichtet ist, keine Minen anzuschaffen und einzusetzen, sie hat dies aber nicht eingehalten und auch nicht Bericht dazu erstattet. Zwar finden seit 15 Jahren Entminungsaktivitäten im Donbas statt, es gibt aber im Moment wenig Programme, man ist jedoch seit März 2022 in

direktem Kontakt mit den ukrainischen Behörden zur Beratung.

Die Arbeit der Entminungskommission ist schwierig. Konnte in früheren Konflikten nach einem Ende der Kriegshandlungen mit der Entminung begonnen werden, ist dies im laufenden Krieg kaum möglich. Es lässt sich schwer ermitteln, wem der zu entminende Boden gehört. Auch bei der ICMP, der internationalen Kommission für vermisste Personen mit Sitz in Den Haag, die deren Schicksal nach Naturkatastrophen, Kriegen und Bürgerkriegen aufklärt und nach den Massakern in Srebrenica gegründet wurde, ist die Schweiz aktiv. In Zusammenarbeit mit dem IKRK geht es vor allem darum, eine Sammlung von DNA-Daten von Überlebenden zu erstellen und abzugleichen.

Die Neutralitätsrhetorik verhindert aktive Friedenspolitik

Nach kurzen Beiträgen aus dem Publikum kam das Thema der neutralen Schweiz auf den Tisch, die gleich grundsätzlich infrage gestellt wurde. Barbara Haering stellt die ganze Neutralitätskonzeption seit Langem gänzlich infrage. Sie kann deshalb auch nichts mit Adjektiven wie kooperativ, aktiv oder flexibel im Zusammenhang mit Neutralität anfangen. Die Folge solcher Bezeichnungen bedeute immer, dass die Schweiz nicht solida-

risch in der Welt engagiert sei, sondern sich nur auf sich selbst beziehe.

Barbara Haering erzählt von der grossen Hoffnung, die nach dem Fall der Berliner Mauer ihre Generation geprägt hat: dass nach dem Kalten Krieg nun alles möglich geworden war, dass Frieden und Sicherheit garantiert waren. Diese Hoffnung ist am 24. Februar 2022 gestorben. Trotzdem bleiben für sie die Menschenrechte zentral, alle Menschen sind frei, gleich und würdig, wie es in der Uno-Charta verankert ist. Das internationale Völkerrecht verbietet den Angriffskrieg eines Aggressors. Punkt. In diesem Zusammenhang sei die Neutralität schlicht obsolet. Die ganze Neutralitätsrhetorik diene nur dazu, die Diskussion über eine engagierte Schweizer Friedenspolitik zu verhindern.

Eine frühe Neutralitätsinitiative gegen den Völkerbund

Jakob Tanner erinnert daran, dass der sogenannte integrale Neutralitätsbegriff immer mit einem starken Rechtsdrall einhergeht. Deutlich sieht man das bei einer vom Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz 1937 lancierten Diskussion um eine Neutralitätsinitiative, angestossen von einer Gruppe von Rechtsextremen mit Übergängen zum damaligen Frontismus, die aus dem Kampf gegen den Beitritt zum Völker-

Tanja Maljartschuk, die sich allgemeiner, nicht direkt zur schweizerischen Politik äussern kann und will, erzählt eindrücklich von der Situation für Kulturschaffende in der Ukraine. So etwa von einem ihrer Kollegen, dem ukrainischen Autor Serhij Zhadan (siehe auch Seite 26), der schon seit 2014 selber im

© Michael Schwarz



Donbas als Soldat im Einsatz ist und in seinen Texten unter anderem darüber schreibt, was geschieht, wenn ein junger Mann in den Krieg muss. Es ist ihr gelungen, Zhadan ein paar Mal aus seinem Dienst in der Ukraine zu holen, um ihm Auftritte an europäischen Literaturfestivals zu ermöglichen. Es sei wichtig, dass FreundInnen aus der Ukraine herauskommen und über ihre Erfahrungen sprechen können.

In den letzten Monaten wurde Zhadan nach Bachmut geschickt, sie habe wochenlang keinen Kontakt mehr mit ihm gehabt. Vor Kurzem hat sie wieder von ihm gehört, er liege verletzt im Spital, zusammen mit fünf seiner Kameraden von der Front. Die Männer seien ununterbrochen unter Beschuss gewesen. Seine Geschichte – und jene von vielen anderen – zeige, welchen Preis die Ukrainer zahlen, um die Demokratie zu verteidigen.

Auf die Frage, was für sie die Schweizer Solidarität bedeute, fragt sie zurück:

Kämpft man für die gemeinsame Sicherheit in Europa oder nicht? Besonders empört ist sie über das blockierte russische Geld. Es ist verlogen, dass die angegriffene Ukraine nicht darüber verfügen kann. Ebenfalls Mühe hat sie mit Vorwürfen an die ukrainischen Intellektuellen, wenn sie dafür kritisiert werden, nicht gemeinsam mit RussInnen aufzutreten und für Versöhnung einzutreten. Es sei nicht fair, wenn sie bezichtigt würden, nicht zu differenzieren zwischen Putin und russischen DissidentInnen und nicht gemeinsam mit ihnen aufzutreten zu wollen. Denn was sollen jetzt Versöhnungsveranstaltungen bringen? Hätten sie auch nur den geringsten Einfluss auf den Krieg? Und sie weist darauf hin, dass liberale Intellektuelle in der Ukraine genau überlegen, welche Folgen etwa ein gemeinsamer Auftritt mit RussInnen hätte. Sie wissen genau, wie die russische Literatur, insbesondere Puschkin, vom Kriegsregime im Kreml instrumentalisiert wird.



SFR-Gesprächsrunde vom 26. Mai 2023: Von links Jakob Tanner, Barbara Haering, Peter Weishaupt, Tanja Maljartschuk, Jonas Lüscher und Markus Heiniger.

bund Anfang der 1920er-Jahre hervorgegangen war. Sie ging von der Meinung aus, dass eine Nation das Lebenselixier der Menschen ist und alles, was darüber hinausgeht, eine Einmischung von aussen sei mit fremden Richter etc.

Den Neutralitäts-Initianten ging es darum, dass sich die Schweiz aus dem internationalen Sanktionsregime gegen den Aggressor Mussolini nach seinem Angriff auf Äthiopien zurückziehen müsse. Sie brachten die Schweizer Behörden 1938 dazu, beim Völkerbund einen Vorbehalt gegen die Übernahme von Sanktionen gegen Italien anzubringen – ohne dass sie ihre Initiative überhaupt lancieren mussten. Hitler und Mussolini erklärten dann, die Schweiz gehe in die richtige Richtung, sie müssten jetzt diesen Völkerbund zerstören, damit sie freie Hand hätten. Integrale Neutralität hilft also direkt den Diktatoren.

Bündnisfreiheit statt Neutralität

Barbara Haering weist darauf hin, dass die Neutralität nicht nur ein Businessmodell war, sondern ein Instrument, damit die Schweiz nicht auseinanderfiel. Besonders im Ersten Weltkrieg war die-

se Gefahr gross, als die Deutschschweiz Deutschland unterstützte und die Westschweiz Frankreich. Tanner stellt darin eine Neutralisierung der Konflikte fest. Ein Land, das wenig gemeinsam hatte, konnte man so beruhigen und stilllegen. Das habe schon viel früher bei der Reisläuferei funktioniert.

Markus Heiniger meint zu Tanja Maljartschuk, dass solche Diskussionen über die Neutralität der Schweiz in der Ukraine wohl kaum nachvollzogen werden können. Auch er kann den verschiedenen Definitionen wenig abgewinnen, denn niemand wisse wirklich, was diese Neutralität eigentlich ist. Vielmehr, so fordert er, müssten wir für eine glaubwürdige Aussenpolitik eintreten. Man könnte einfach auf die Neutralität verzichten, es reiche ein Brief nach Den Haag, um das Abkommen von 1907 «betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs» aufzukündigen. Sinnvollerweise beteilige man sich nicht an militärischen Allianzen und spreche nur noch von einer Bündnisfreiheit.

Die SVP-Initiative im Blickwinkel

Tanja Maljartschuk berichtet, dass man

in der Ukraine schon über die Schweizer Neutralität informiert sei, auch wenn niemand sie verstehen könne. Heute hätten wir mit dem russischen Angriff auf einen Schlag eine andere Realität, an die man sich anpassen müsse. Sie gibt zu bedenken, ob die Schweiz tatsächlich in die Zukunft blicken könne, ob und weshalb sie sicher sein könne, nicht in einen Krieg gegen Westeuropa verwickelt zu werden. Wenn die Russen die Ukraine erobern, würden die russischen Grenzen weit nach Westen verschoben, auch das Baltikum oder Polen könnten gefährdet werden.

Am Ende des Gesprächs ruft Jonas Lüscher dazu auf, aktiv gegen die Neutralitätsinitiative der SVP einzustehen, diese richte sich letztlich auch gegen einen EU-Beitritt, wir müssen uns auf diese Debatte vorbereiten. Über allem steht aber letztlich die Frage, was der Krieg gegen die Ukraine für die Friedensarbeit zukünftig bedeutet. Die Antworten zu finden wird schwierig bleiben, ein langer Atem ist weiterhin gefragt, ebenso Mut, die friedenspolitische (Knochen-)Arbeit weiterzuführen.

Peter Weishaupt moderierte den Anlass